

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

4.7.1923 (No. 152)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Str. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Telegraphenamt  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
StaatSanzeiger:  
Chefredakteur  
C. A. M. e. n. d.  
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Juli 1923 4. — Einzelnummer 300 A. — Anzeigenpreis: 500 A. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Weiterbetrieben tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antiklische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bezogen. Bei Klageerhebung, zwanzigweiser Beirerung und Klagenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böser Gewalt, Streik, Exzesse, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Verbot des Südwestdeutschen Zeitungs-

#### dienstes.

Der „Südwestdeutsche Zeitungsdiens“ (Leiter Hauptmann a. D. Damm in Heidelberg) ist seitens des Ministeriums des Innern am 2. Januar 1923 auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten worden. Dieses Verbot hat der Staatsgerichtshof im Beschlußverfahren aufgehoben. In der Beschlußföhrung wird ausgeführt, daß die Namensgebung der Vereinigung insofern irreführend sei, als es sich hierbei nicht oder wenigstens nicht in erster Linie, um ein Erwerbsunternehmen handle, das den Vertrieb von Zeitungsartikeln (Zeitungskorrespondenz) zum Gegenstand habe, und daß die Vereinigung bezüglich ihrer Bestrebungen eine nicht irreführende Ähnlichkeit mit der durch Bekanntmachung der Reichsregierung vom 24. Juni 1921 aufgelösten Organisation „Eiserne Fäuste“ habe. Das Ministerium des Innern hat deshalb mit Zustimmung der Reichsregierung und auf Grund seitens des Staatsministeriums erteilter Ermächtigung Veranlassung genommen, den „Südwestdeutschen Zeitungsdiens“ auf Grund des Reichsgesetzes vom 22. März 1921 (RGBl. S. 235) aufzulösen. Gegen die Entscheidung des Staatsgerichtshofs im Beschlußverfahren wird die Entscheidung vor voller Besetzung des Staatsgerichtshofs anrufen werden.

#### Rechtspflege und Presse.

Der zurzeit dem Reichstag vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Strafgerichte sieht in gesteigertem Maße eine Mitwirkung der Laien bei der Strafgerichtsbarkeit vor. Diese Mitwirkung wird umso erfreulicher sein, je weitere Vollstreckung in die Lage versetzt werden, einen zuverlässigen Einblick in die Tätigkeit der Gerichte und die Aufgaben und Zwecke der Rechtspflege zu erhalten und in je umfassenderem Maße es gelingt, bestehende Urkenntnis, Vorurteile und Mißtrauen, zu beseitigen und zu entkräften. Einen wesentlichen Anteil an der Erreichung dieses Ziels wird die Aufklärungsarbeit in der Presse haben. Der Justizminister hat deshalb durch Weisungen an die Gerichte einen aus Pressekreisen an ihn herangebrachten Wunsch entsprechend dafür Sorge getragen, daß die Gerichtsberichterstattung in weitestgehendem Maße von Seiten der Gerichte unterstützt wird, und darüber hinaus den Gerichten zu erkennen gegeben, daß es ihre Aufgabe ist, selbst durch geeignete Veröffentlichungen in der Presse weitere Aufklärung in die Bevölkerung zu tragen und damit der Erkenntnis den Weg zu bahnen, daß die Rechtspflege im besten Sinne eine Sache des ganzen Volkes und jedes Volksgenossen sein muß, daß sie das aber nur sein kann, wenn eine verständnis- und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Berufsrichter mit den Laienrichtern gewährleistet ist. Von der Presse aller Richtungen darf erwartet werden, daß auch sie für diese Bestrebungen Verständnis zeigt und den Organen der Rechtspflege, die sich veranlaßt sehen, in der Öffentlichkeit, mit auflärenden und richtigstellenden Darlegungen in dem gedachten Sinne zu wirken, Gelegenheit bietet, das zu tun.

#### „Es bleibt dabei“.

Aus Berlin wird uns von geschätzter Seite geschrieben: Der Gegenfall, in den sich der Poincarismus gefühlsmäßig zu der ganzen Kulturwelt stellt, verschärft sich, mehr und mehr und hat neuerdings in einem Brief des Kardinals an den Kardinalstaatssekretär einen viel beachteten Ausdruck gefunden. Die französische Regierungspresse schwankt hin und her zwischen schroffer Ablehnung der Gedankengänge des Heiligen Stuhls und gewandener Auslegung, kann aber die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die „stärkste Geistesmacht der Welt“ sich von der französischen Politik abwendet. In dem Poincaré erklärt: „Es bleibt dabei, es wird nicht verhandelt, ehe der passive Widerstand aufgehoben ist, und es wird nicht anders geräumt als nach Maßgabe der tatsächlichen Zahlungen.“ Da nun Deutschland, wie der Reichskanzler neuerdings in Königsberg, Warmen, Bremen usw. bekräftigt, und wie auch der Rheinische Provinziallandtag mit bewundernswürdiger und vorbildlicher Einmütigkeit kundgetan hat, die Aufgabe des passiven Widerstandes abläßt, so wird also die Durchsetzung fortdauern und Frankreich wird versuchen, durch immer weitere Verschärfungen seiner Zensurgesetze, regeln Deutschland schließlich doch noch müde zu machen. Das sind schlimme Ausichten, aber es bleibt nichts anderes übrig, als den Kopf oben zu behalten und die Fäuste zusammenzubringen. Mag Frankreich auch fernerhin den Weg der Brutalität gehen, mag es Verträge zerreißen, das Völkerecht und die Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen treten: der Tag muß kommen, an dem diese Politik zusammenbricht und an dem unser gutes Recht, zurzeit unsere einzige Stütze in

grenzenloser Verlassenheit, über die Barbarei einer wüsten Macht- und Beutepolitik triumphiert. Dieses Tages müssen wir harren.

Aber dieses Harren darf nicht untätig sein. Die Politik ist immer amoralisch gewesen, und es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, wenn wir glauben wollten, die Kabinette von London, Rom oder Washington würden eines Tages aus Gründen der Gerechtigkeit oder der Humanität aus dem Lager Frankreichs, in dem sie auch heute trotzdem noch stehen, in das urfrige übergehen. Noch ist auch in England, wo die Entwicklung ohne Zweifel am weitesten vorgeschritten ist, die dazu erforderliche Umstellung der öffentlichen Meinung keineswegs erfolgt und ohne diese Umstellung wird keine Regierung, die sie mit Frankreich verknüpfenden Bande zerreißen. Das gilt auch von Italien, und es gilt erst recht von den Vereinigten Staaten. Darum müssen wir alles tun, was diese Umstellung fördern, und alles unterlassen, was sie hemmen und verzögern kann. Dabei kommt vor allem in Betracht, daß nach dem einmütigen Zeugnis aller objektiven Beobachter bis vor kurzem im Ausland und zwar nicht nur bei unseren Gläubigern, sondern sogar in neutralen Ländern der Eindruck weit verbreitet und tief gewurzelt war, daß Deutschland auch das nicht bezahle, was es bei gutem Willen, namentlich der Schwerindustrie, bezahlen könnte, und es liegt auf der Hand, daß dieser Irrtum vor allen Dingen beseitigt werden muß.

Greift erst die Überzeugung Platz, daß Frankreich die ganze Welt, insbesondere aber die direkten Gläubiger Deutschlands, aufs schwerste schädigt, der gute Wille Deutschlands sabotiert und indem es das deutsche Wirtschaftsleben räuberisch und verbrecherisch zerstört, so wird der Druck der Weltmeinung immer stärker werden, und es werden ihm — und das ist eine unerlässliche Voraussetzung für einen entscheidenden Wandel der Dinge — auch im französischen Volke Bundesgenossen und Helfer erwachsen. Der Kanzler selbst hat in einer der erwähnten Reden doch festgestellt zu können geglaubt, daß die gradlinige Politik der Reichsregierung wenigstens „einen kleinen Schritt vorwärts“ gekommen und daß die Augen der Welt etwas geöffnet worden seien. Das ist wenig in einer Zeit himmelschreiender, von Tag zu Tag wachsender Not und Bedrängnis, aber wir müssen uns vorerst daran genügen lassen und uns damit abfinden, daß die Mühen der Gerechtigkeit immer langsam gemahnen haben.

Gilt das für alle die Regierungen, von deren Entschlüssen die Weltgeschichte abhängen, so müssen wir andererseits versuchen, das Weltgewissen aufzurütteln durch den unausgesetzten Hinweis auf die grauenvolle Mißhandlung der Bevölkerung, insbesondere aber der Beamten und namentlich der Eisenbahner, des besetzten Gebietes. Nach einer Mitteilung des Reichsleitenden des Rheinischen Provinziallandtages hat sich die Zahl der Ausgewiesenen um die Mitte Juni etwa auf 160 000 belaufen, seitdem sind aus Rheinländern allein 1500 weitere Eisenbahner ausgewiesen worden, was mit den Familienangehörigen abermals mindestens 6000 Köpfe ausmacht. Es kann keinen anständigen Franzosen geben, der nicht der Ansicht wäre, daß diese Beamten so handeln, wie Vaterlands- liebe, Eidespflicht und Mannesehre es von ihnen erfordern und daß kein Volk der Erde wünschen könnte, Beamten zu haben, die in solcher Lage eine andere Entscheidung treffen. Trotzdem wütet Frankreich mit hemmungsloser Grausamkeit und mit bestialischem Vorturteilen, wie sie neuerdings wieder wegen angeblicher Sabotageakte, die ja niemand billigen wird — in Mainz gefällt worden sind, gegen eine friedliche Bevölkerung und eine pflichtgetreue Beamtenerschaft. Wie lange wird die Kulturwelt dulden, daß es auch „dabei bleibe“?

#### Politische Neuigkeiten.

##### Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Juli. Beginn 2 Uhr nachm. Der Reichstag genehmigte zunächst ohne Debatte ein deutsch-portugiesches vorläufiges Handelsübereinkommen und die Verlängerung des Handelsübereinkommens mit Spanien. Die Novelle zum Disziplinargesetz (ent. Zurückziehung des schon eingeleiteten Disziplinargesetzes) wird gleichfalls debattelos in allen drei Lesungen angenommen. Die Novelle zum Gesetz über die privaten Versicherungsvernehmungen geht an den Rechtsausschuß.

Dann wird die Besprechung der Fehrenbach-Interpellation fortgesetzt. Abg. Dr. Bell (Centr.) empfiehlt einen Antrag seiner Fraktion, der die Reichsregierung ersucht, die deutsche Strafprozessreform möglichst zu beschleunigen und dadurch die notwendige Rechtseinheit auf strafprozessuellem Gebiet in Deutschland einzuführen. In einer Zeit, wo das deutsche Volk sich über die Willkürurteile französischer Kriegsgerichte mit Recht empört, müßten auch bedeutende Urteile deutscher Gerichte der Kritik des Parlaments unterliegen. Das falsche Urteil im Fehren-

bachprozeß habe nicht nur bei Laien, sondern auch bei Juristen Entsetzen erregt. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum). Der fühlende Mensch erschrickt förmlich bei dem Gedanken an die Möglichkeit, daß die im Fehrenbachprozeß über drei Angeklagte verhängten 30 Jahre Zuchthaus wirklich abgepflegt werden sollen (Weifall). Das Verfahren der bayerischen Volksgerichte bietet nicht die notwendigen Rechtsgarantien. Der Fehrenbachprozeß hat die Mängel dieses Verfahrens so grell beleuchtet, daß sich daraus die Notwendigkeit einer schleunigsten gesetzlichen Abstellung dieser Mängel ergibt. Wenn das Urteil in Mitteilungen über verbotene Geheimorganisationen den Tatbestand des Landesverrats erblickt, so kann das sehr bedenkliche Folgen haben. Auch der Verjährungseinwand trifft zweifellos auf den Fall Fehrenbach zu. Es kommt jetzt nicht darauf an, ob die bayerischen Volksgerichte der Reichsverfassung entsprechen. Zweifellos sei ihr Fortbestand heute nicht mehr zu rechtfertigen. Reichsregierung und bayerische Regierung hätten die unabweisbare Pflicht, durch Herstellung der Rechtseinheit das Vertrauen zur Rechtspflege wieder herzustellen (Weifall).

Abg. Dr. Strahmann (D. Natl.): Wenn Abg. Dittmann vom Reichstag die Rehabilitierung Fehrenbachs verlangt, so muß ich mich gegen diese Vermischung von Justiz und Parlament verwahren. Wenn das Parlament sich in die Justiz hineinmischen würde, wäre das ein Mißfall in die alte Kabinettsjustiz. Der republikanische Richterbund, der gegen das Fehrenbachurteil protestiert, erhebt die politische Gesinnung zum Prinzip der Rechtspflege. Der ehemalige Sozialdemokrat Paul Lind hat mit Recht betont, daß die bayerischen Volksgerichte eine sozialdemokratische Schöpfung seien. Der Sachverständige Dr. Thimme, der im Vorwärts erklärt hat, er habe sich nach Kräften bemüht, Fehrenbach herauszuholen, hat dem Voritzenden im Prozeß am letzten Verhandlungstag erklärt, die Verhandlung habe ihm gezeigt, daß die in Norddeutschland bestehenden ungünstigen Urteile über die Volksgerichte unberechtigt seien. Der Versuch, Fehrenbach als einen harmlosen Patrioten hinzustellen, sei grotesk und eine vergebliche Moorenwäsche. Das Fehrenbachurteil ist kein Fehlurteil, aber es ist zu begrüßen, daß die bayerische Regierung die Möglichkeit zu einer Nachprüfung der gegen das Urteil vorgebrachten Einwände gegeben hat.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.): Das Recht des Reichstags zur Kritik des Urteils ist unbestreitbar. Das kann man nicht Vermischung von Justiz und Politik nennen, denn der Reichstag ist auch Hüter der Rechtsordnung. Für den Reichstag hat sich die Anglegenheit aber eigentlich schon durch die Erklärung der bayerischen Regierung erledigt. Das bayerische Oberlandesgericht verdient das größte Vertrauen. Ich habe bei Kenntnisnahme des Urteils auch schwere Bedenken gehabt, vor allem wegen des Strafmaßes. Selbst für einen Herrn Fehrenbach, den ich keineswegs für einen unschuldigen Engel halte, hätten sich mildernde Umstände finden lassen. Ein offener Rechtsbruch läßt sich aber in keinem Falle bei dem Urteil feststellen. Auch der Verjährungseinwand kann in dieser Sache nicht gelten. In die Justizhoheit Bayerns dürfen wir nicht eingreifen, aber wir dürfen wünschen, daß das Reich bald eine einheitliche Strafprozessordnung zustande bringt.

Abg. Dr. Brodauf (Dem.): Die Besprechung des Reichstags über das Fehrenbachurteil wird zu unrecht von rechtsstehenden Blättern als Angriff des Parlaments gegen Bayern bezeichnet. Der Untersuchungsausschuß des Reichstags hat die außerpolitischen Feststellungen genau geprüft, auf die sich das Urteil stützt. Der Ausschuß ist in seiner großen Mehrheit zu der Überzeugung gelangt, daß die außerpolitischen Voraussetzungen des Volksgerichts, mit denen das Urteil steht und fällt, durchaus falsch sind. Der bayerische Jurist Rißinger hat überzeugend nachgewiesen, daß im Falle Fehrenbach ein Fehlurteil gefällig worden ist. Redner protestiert gegen die Angriffe des Abg. Strahmann auf den republikanischen Richterbund. Leider steht die große Mehrheit der deutschen Richter dem heutigen Staat feindlich gegenüber. Darum wäre der Zusammenschluß derjenigen notwendig, die voll und ganz auf seinem Boden stehen. Seine Partei wünsche, daß der vorübergehende Zustand der Volksgerichte bald beseitigt und das Fehlurteil gegen Fehrenbach aufgehoben wird. (Weifall links).

Reichsjustizminister Dr. Heintze: Ich muß der Meinung widerprechen, als ob das Fehrenbachurteil schon als Fehlurteil erwiesen ist. Ich kann mich dem Abg. Dr. Kahl durchaus anschließen, daß auch die Frage der Verjährung sehr umstritten ist. Ich neige zu der Meinung, daß das Verbot verfehlt sei. Wenn aber das bayerische Oberlandesgericht zu einem anderen Gutachten kommt, so wird man das nicht mit einer Handbewegung beiseite schieben können. Die bayerische Regierung will, daß die Nachprüfung nicht bloß auf den Verjährungseinwand beschränkt wird, sondern auch auf die Fälle Gargas und Lemke sich erstreckt. Ich bitte um einstimmige Annahme des Zentrumsantrags, damit der Reichstag so dokumentiert, daß wir alle die Einheit des Rechts, die allerdings durch den Bestand der bayerischen Volksgerichte aufgehoben ist, in möglicher Kürze in Deutschland wieder einführen wollen.

Am Schlußwort des Abg. Dr. Kahl (Soz.) betont der Redner, daß der Reichsjustizminister seine scharfe Rede etwas eingeschränkt habe. Unverändert bleibe aber die Feststellung, daß der Minister persönlich die Verjährung für annehmbar erachtet. Bedauerlicherweise habe die bayerische Regierung nicht von sich aus die sofortige Beantragung Fehrenbachs verfügt. Das gewünschte Gnadengesuch könne nur eine Forderung um das Recht sein. Gegenüber der Auffassung des Abg. Emminger sei er der Ansicht, daß ihm noch niemals ein Urteil des Prozeßbeteiligten Dr. Kahl vorgekommen sei, das so voll eifer Geschwätzigkeit und so vollprophetischer Rabulistik gewesen wäre, wie das Fehrenbachurteil. Mit Fehrenbach sitze die Gerechtigkeit im Zuchthaus. Wir, die wir jetzt an die Gerechtigkeit der Welt appellieren müssen, müssen zuerst für Gerechtigkeit im eigenen Hause sorgen. Wir danken dem republikanischen Richterbund für seinen tapferen Kampf um das Recht. Wie in

Frankreich der Dreifachprozess, so wird bei uns der Hochschulprozess der Prüflinge sein, an dem sich scheidet, das alte und das neue Deutschland, Unsauberkeit und Sauberkeit des Rechts und des Gewissens. (Lebhafter Beifall links).

Der Petitionsantrag wird hierauf gegen einige bayerische Stimmen angenommen.

Bei der Fortsetzung der Tagesordnung verlangt Abg. von Graefe (D. Bf.), daß vor dem Auseinandergehen des Reichstags nochmals Gelegenheit gegeben werde, eine Aussprache über die außenpolitischen Angelegenheiten zu haben. Unter wachsender Unruhe des Hauses wird der Redner den Sozialdemokraten vor, sie wollten eine solche Aussprache verhindern. (Rufe der Sozialdemokraten: Ihr Mörder, Ihr Dynamitstrolche).

Abg. Müller-Franken (Soz.) weist den Vorwurf zurück. Gerade die Sozialdemokratie habe das größte Interesse an einer solchen Aussprache, weil sie mit den Herrn v. Graefe nahestehenden Mörder abrechnen wolle.

Abg. Leicht (Bayer. Vp.) betont, der Aussenrat habe eine solche Aussprache geplant. Dazu hätte es nicht der übel angebrachten Worte des Herrn v. Graefe bedurft.

Abg. Kahl (D. Vp.) bedauert ebenfalls das Auftreten des Herrn von Graefe. Wenn die außenpolitische Debatte ähnlich verlaufen sollte, so würde sie mehr Schaden als Nutzen stiften.

Abg. Stresemann (D. Vp.) stellt fest, daß schon morgen eine Besprechung des Reichstagspräsidenten und des Außenministers mit den Parteiführern stattfindet und daß später auch die Aussprache im Plenum folgen werde.

Nach 7 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch, nachmittags 2 Uhr: Kleinere Vorlesungen.

### Die Ruhrpolitik Frankreichs.

Elberfeld, 4. Juli. Da sich auf die Aufforderung des Generals Degoutte an die deutschen Zollbeamten in Düsseldorf, sich zur Übernahme des Dienstes unter französischer Aufsicht zu melden, keiner zur Verfügung stellte, sollen jetzt 110 Zollbeamten ausgewiesen werden. Der erste Transport ist bereits in Elberfeld angekommen. Der zweite ist unterwegs. Die Familien müssen binnen vier Tagen folgen und den Hausrat, der beschlagnahmt ist, zurücklassen.

Essen, 3. Juli. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Absicht, auch den Verkehr auf dem Wasserwege zu sperren, um den Reiseverkehr vollständig lahm zu legen. Die Absperrung des besetzten Gebietes vom übrigen Deutschland geht so weit, daß ein Transport des roten Kreuzes mit kleinen Kindern, die aus dem unbesetzten Gebiet nach Essen zurückkehren wollten, in Gelsenkirchen liegen bleiben mußten.

### Kurze Nachrichten.

Nach einer Lausanner Meldung der „Welt am Montag“ soll der vielgenannte, inzwischen wegen seiner Verwicklung in die Nordische Baur verhaftete Dr. Arnold Ruge, der frühere Privatdozent in Heidelberg war, im Laufe des Mai und Juni eine große Anzahl von Bittbriefen an Professoren der französischen Schweiz und Frankreich gesandt haben. In dem mechanisch vervielfältigten, in französischer Sprache gehaltenen Schreiben heißt es u. a., Ruge habe alles aus Liebe zur Wissenschaft und nicht aus Ehrgeiz getan. Jetzt sei seine Lage außerordentlich schwierig. Das Leben sei fast unmöglich geworden für einen deutschen Intellektuellen, der für das wahre Ideal kämpft. Der Brief schließt: „Ich wage es, mich an Sie mein Herr, mit der Bitte um Unterstützung zu wenden. Ich werde glücklich sein, wenn Sie irgend eine Summe in den Banknoten ihres Landes senden würden.“ Die Briefe sollen nach derselben Quelle unmittelbar vor dem Münchener Hochverratsprozess an französische Gelehrte in Genf, Paris, Grenoble usw. gerichtet worden sein. Für einen bösartigen Antisemiten wäre das immerhin eine recht annehmbare Leistung.

### Badische Uebersicht. Staat und Wirtschaft in Baden.

N.-S. Karlsruhe, 3. Juli.

Der badische Finanzminister Köhler hat vom Tage seines Amtsantritts an mit Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß auch im neuen Staat das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft im Sinne der unbedingten Autorität des Staates, im Sinne einer Unterordnung der Wirtschaft unter den Staat geregelt bleiben müsse. Dabei war sich der Minister über die Tatsache, daß seit der Revolution das Großkapital in der Wirtschaft, d. h. in der Industrie, im Handel, Bankwesen und in der Landwirtschaft, immer mächtiger wurde und immer bewußter diese seine Macht auszunutzen versuchte, völlig klar. Wie war dieser Tatsache zu begegnen?

Der badische Finanzminister hat diese Frage für das badische Land in origineller und erfolgversprechender Weise beantwortet. Von einer Feindschaft gegenüber der Wirtschaft konnte von vornherein natürlich keine Rede sein. Der Staat kann ohne

die Wirtschaft nicht leben, und die Wirtschaft kann ohne den Staat nicht leben. Zwischen beiden muß zum mindesten ein erträgliches Verhältnis, am besten aber ein Verhältnis verhältnismäßiger Zusammenwirkens bestehen. Köhler entschied sich unter Zustimmung seiner Ministerkollegen für eine Methode, die die unmittelbare finanzielle Beteiligung des Staates an besonders wichtigen Wirtschaftskörpern vorsehe, damit dem Staat — unter selbstverständlicher Mitübernahme des geschäftlichen Risikos — eine direkte Beeinflussung des Wirtschaftslebens gestattet und so Staat und Wirtschaft in eine ganz bestimmte Beziehung bringt, die gegenseitiges Vertrauen und Zusammenarbeiten ganz von selbst zur Pflicht macht.

So hat sich in den letzten Jahren der badische Staat unter der sachmännischen Führung des Finanzministers an einer ganzen Reihe von wichtigen Unternehmungen beteiligt. Und man darf heute wohl ohne Optimismus sagen, daß sich diese Beteiligung, wie die Methode des Finanzministers überhaupt, als segensreich für das Land erwiesen hat. Gewissermaßen einen Gipfelpunkt erlangte diese Methode in der kürzlich von der Generalversammlung genehmigten kürzeren Beteiligung des badischen Staates an der Badischen Bank. Die Badische Bank war schon seit dem Jahre 1920 die Vertrauensbank des badischen Staates. Zum Heile beider Kontrahenten, zum Heile von Staat und Bank hat sich dieses Verhältnis bewährt. Und so ist es gekommen, daß jetzt dieses Verhältnis noch vertieft und ausgebaut wurde, eben im Sinne einer stärkeren Beteiligung des Staates am Aktienkapital.

Mit Recht hat der badische Finanzminister bei dieser Gelegenheit in einer Rede die Bedeutung des ganzen Aktes unterstrichen. Er bezeichnete dieses engere Zusammenarbeiten des Staatskapitals mit dem Privatkapital als geradezu richtunggebend in unseren jetzigen Tagen, da es zeige, daß eine Verständigung zwischen Staat und Wirtschaft sehr wohl erreicht werden kann. Und eine solche Verständigung hält der Minister gerade unter den heutigen Umständen, gerade in diesen Zeitläuften der Not, des Elends und der Hochspannung, für besonders wertvoll. Aber auch jetzt wieder hat sich der badische Finanzminister klipp und klar zu dem Grundsatz bekannt, daß nicht die verschiedenen Interessengemeinschaften dem Staat kommandieren, dürfen, sondern daß der Staat gegenüber allen Kräften der Wirtschaft die absolute Führung haben und behalten muß. Köhler legt offenbar einen besonderen Akzent auf das Wort „Führung“. Er versteht darunter nicht eine Bevormundung, die sich in mehr oder minder fragwürdigen Paragraphen erschöpft, sondern er versteht darunter jenen Führerwillen, der von höherer Warte aus, die wirtschaftlichen Gesamtkräfte der Nation zusammenfaßt und einem großen vaterländischen Ziele, dem Ziele der Wohlfahrt aller Bürger, unterordnet.

An der Zukunft Deutschlands braucht man nicht zu verzweifeln, wenn sich die Hoffnung verwirklichen läßt, daß es in letzter Stunde gelingt, alle die verschiedenartigen Kräfte zu einheitlicher Auswirkung zu bringen. Wir sind überzeugt, daß die Gedankengänge Köhlers, wie seine finanzwirtschaftliche Methode auch außerhalb Badens die Beachtung finden wird, die sie ganz zweifellos verdient.

### Parteitag der Demokratischen Partei Badens.

Heidelberg 3. Juli. Am Samstag und Sonntag fand hier der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei Badens statt, der mit einer Sitzung des erweiterten Landesauschusses eröffnet wurde. Den Bericht über den Stand der Parteibewegung erstattete Generalsekretär Dees. Die Organisation der Partei sei gesund. Das lebhafteste Interesse, das die öffentlichen Versammlungen in letzter Zeit gefunden haben, zeige, daß bei einer systematischen Arbeit die Partei den bevorstehenden Wahlen zuverlässig entgegenstehen dürfe. Die politische Aussprache leitete ein Bericht des Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Abg. Dr. Glöckner, über die Tätigkeit der Landtagsfraktion ein. An den Bericht schloß sich ein Referat des Reichstagsabgeordneten Dr. Haas über die politische Lage an. Der Redner sagte das letzte und höchste Ziel der deutschen Politik zusammen in die Forderung: „Ehaltung der staatlichen Einheit Deutschlands.“ Bei der Tagung der Frauen der badischen Partei wurden nach einer Rede der Abg. Frau Strauß organisatorische Fragen besprochen.

Am Samstagabend fand eine vaterländische Kundgebung in der Heidelberger Stadthalle unter dem Leitpruch: „Deutsche Not und Deutsches Hoffen“, statt. Universitätsprofessor Dr.

Albelius verlangte in seiner Begrüßungsansprache den Einsatz aller Kräfte, um Deutschland aus diesen schweren Tagen zu retten. Ein Parteifreund aus der Pfalz gab danach ein Bild von den Zuständen und Stimmungen in der Pfalz und bedauerte, daß die Entbehrungen und Leiden im besetzten Gebiet, leider im unbesetzten noch nicht genügend bekannt seien. In der Pfalz gebe es keine Parteigegegensätze mehr, sondern nur noch eine einzige Frage, die Befreiungsfrage und der Protest gegen die französischen Drangsalierungen. — Reichstagsabg. Dr. Haas erklärte, Rettung könne nur kommen, wenn sich das deutsche Volk festlich ändere und wenn es sich zum Geist der Opferbereitschaft durchringe. Schließlich sprach noch Minister Dr. Sellbach der die Frage: „Gibt es in der deutschen Not überhaupt noch ein deutsches Hoffen?“ bejahte unter Hinweis auf die hohe Mission des deutschen Volkes. Zwei politische Fragen des neuen Europa tauchten auf, das deutsche Volk und das russische Volk, deren Gesichte miteinander verbunden ist. Großdeutschland müsse erobert werden.

Am Sonntag vormittag folgte der Unterbadische Parteitag, in dem Abg. Hofheinz den Vorsitz führte. Die Württembergische Landtagsabg. Mathilde Blaud überbrachte zunächst die Grüße aus dem Neckarland und verbreitete sich dann über „Die inneren Kräfte unseres Volkstums.“ Reichstagsabg. Dietrich sprach über die Lage der Staatsbeamten und Arbeiter. Wenn gleich sich die Bezüge der Beamten gegenüber denjenigen vor zwei und drei Jahren gebessert hätten, so kämen sie doch immer noch nicht dem Friedensgehälter nahe. Die unteren Beamtensklassen hätten heute nur 60 bis 60 Prozent des Realinkommens, die mittleren nur 40 Prozent und die oberen nur 30 Prozent. Der Redner bemängelte das System der Ortsklasseneinteilung und teilte mit, daß augenblicklich über 20 000 Eingaben beim Reichsfinanzministerium zur Änderung der Ortsklasseneinteilung vorliegen. Mit Recht habe Baden von Anfang an das Sperrgesetz bekämpft. Gemeinden und Ländern müßten wieder die Verantwortung für ihre Einnahmen und Ausgaben zugewiesen werden, dann werde auch wieder ein ganz anderer Sparplan Platz greifen. Ein 60 Millionen-Volk könne nicht von Berlin und den dortigen Geheimräten verwaltet werden. Die Haltung der Eisenbahnen und der Beamten im besetzten Gebiet zeige, daß bei ihnen noch ein starker Staatsgedanke lebendig ist. Das sei ein sehr gutes Zeichen und eine solche Beamten- und Arbeiterfrage werde beim Aufstieg des deutschen Volkes an erster Stelle zur Mitwirkung berufen sein.

Die Fragen der auswärtigen Politik behandelte dann Parteivorstand Summel in längeren Ausführungen, wobei er betonte, daß die demokratische Partei ihre Ziele ganz auf die neue Zeit und die Zukunft eingestellt habe. Alle Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Am Schluß der Tagung wurde ein vom Verein Rastatt gestellter Antrag einstimmig angenommen, in dem behauptet wird, daß die in der Reichsverfassung zum ersten Male verankerte Idee einer einheitlichen staatlichen Bildungspolitik immer noch nicht in der Schaffung von Ausführungsgesetzen des Reiches ihren Ausdruck fand. Die Deutsche Demokratische Partei lehnt sich in der Befreiung und in der Freiheit der Lehreinrichtungen vor der Hochschule bis zur einfachsten Dorfschule ein unantastbares Gut, das gegen alle unantastlichen Einflüsse zu verteidigen ihre oberste Pflicht ist.

### Aus der Landeshauptstadt.

Städt. Konzerthaus. Heute Mittwoch, Donnerstag und Freitag finden die drei letzten Aufführungen der erfolgreichen Operette „Die Bajadere“ statt und ist es der Direktion gelungen, Hr. Grete Sedlitz vom Lessingtheater Berlin bis ins Freitag zum Gastspiel zu gewinnen. — Samstagabend gelangt die Operette „Die Försterchristel“ von Georg Jarno zur Wiederholung.

Spende. Die Firma S. Billig & Co. Werberplatz, hat dem Oberbürgermeister die Summe von 600 000 M. mit der Bestimmung überreicht, sie zu je einem Drittel für die Witwen und Waisen für die im Kriege Erblindeten und für die Arbeitslosen der Stadt Karlsruhe zu verwenden.

### Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Der Südwestdeutsche Zeitungsdienst.

Mit Zustimmung der Reichsregierung und mit Ermächtigung des Staatsministeriums wird hiermit auf Grund des Reichsgesetzes vom 22. März 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 235) die Vereinigung „Südwestdeutscher Zeitungsdienst“ (bisheriger Sitz Heidelberg) aufgelöst.

Gleichzeitig wird die Beschlagnahme und Einziehung aller nach Maßgabe des § 3 des genannten Gesetzes in Frage kommenden Gegenstände zugunsten der Reichskasse ausgesprochen. Zuwiderhandlungen werden nach Maßgabe des § 4 des genannten Gesetzes in Verbindung mit dem Geldstrafengesetz vom 27. April 1923 bestraft.

Karlsruhe, den 4. Juli 1923.

Der Minister des Innern,  
K e m m e l e.

**BAUBUND-MÖBEL**

in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.

Eigene Verkaufsstellen:

KARLSRUHE, Karlsruherstr. 22  
FREIBURG, Kaiserstr. 27  
BRUCHSAL, Gewerbehalle a. Markt  
PFORZHEIM, Theaterstr. 15  
OFFENBURG, Steinstr. 2  
MOSSBACH, Hauptstr. 12  
MANNHEIM, Schloß, rechter Flügel, Reitbahn

2-169

**BADISCHER BAUBUND G.M.B.H.**  
Gemeinnütziger Möbelvertrieb

Telephon 517. Karlsruhe am Rondellplatz.

**Lesestoff für die Ferien!**

**Die weibliche Eigenart im Männerstaat und die männliche Eigenart im Frauenstaat**

von Dr. M. VAERTING

(Neubegründung der Psychologie von Mann und Weib, Band I)

Der „Tag“ (Berlin) begann einen Aufsatz „Zum Ausgleich der Geschlechter“ mit Bezug auf dieses Werk wie folgt: „Erst die allernueste Zeit hat dem Grundsatz von der Natürlichkeit der Männerherrschaft über die Frauenherrschaft ein Ende gemacht. Heute muß es als wissenschaftlich erwiesen gelten, daß im Laufe der geschichtlichen Entwicklung Männerherrschaft und Frauenherrschaft miteinander abwechseln, und daß zu Zeiten der Frauenherrschaft die Frauen über dieselben charakteristischen Merkmale hinsichtlich ihres Wesens, ihrer Stellung, ihrer Sitten usw. verfügten, die wir im Männerstaate als charakteristische Eigentümlichkeit der Männer anzunehmen gewohnt sind. Es ist das Verdienst des Gelehrtenpaares Dr. Mathilde und Mathias Vaerting, die Psychologie von Mann und Weib neu begründet zu haben. In ihrem jüngsten Werke bringen sie ein wertvolles und hochinteressantes Material zu diesem Gegenstand bei.“

Grundpreis brosch. 2 M., gebdn. 3 M.  
Grundpreis x Schlüsselzahl (s. Z. 9000) = Papiermarkpreis

Verlag G. Braun in Karlsruhe, Karlsruherstr. 14

**Theatergemeinde des B. V. B.**

Die **Ginschreibungen**

für das neue Spieljahr 1923/24 für bisherige und neue Mitglieder haben begonnen.

Bisherige Mitglieder werden bis 15. Juli unter Beibehaltung ihrer Mitglieder-Nummern mit ermäßigter Ginschreibgebühr neu eingeschrieben.

Anmeldungsformulare für Mitglieder und neu Zutretende in der Geschäftsstelle: **Schloßbezirk 4** (beim Landestheater) geöffnet 10-1 und 4-6 Uhr.

**KUNSTHAUS SEBALD**  
WALDSTR. 30 II KARLSRUHE TEL 4130  
AB 1. JUNI 1923  
KOLLEKTIV-AUSSTELLUNG 2.50  
PROF. ADOLF HILDENBRAND  
GEMÄLDE - AQUARELLE  
SEBALD-KERAMIK - BÜCHER

GEÖFFNET: WERKTAGS VON 10-1 UHR UND 3-6 UHR  
AB 15. MAI BIS 15. SEPT. SONNTAGS GESCHLOSSEN

**Städtisches Konzerthaus**

Leitung: B. 588  
Direktor Adalbert Steffter,  
Heute Mittwoch und täglich  
abends 7 1/2 Uhr.

Nur noch einige Male!

**Die Bajadere.**

Titelrolle: Grete Sedlitz  
vom Lessingtheater Berlin a. G.

Samstag, den 7. Juli,  
Abends 7 1/2 Uhr

**Die Försterchristel.**

Operette in 3 Akten von  
Georg Jarno.

**Verwaltungs- und  
Grundbuch-Ratsschreiber**

organisatorisch, mittl. Alter, ev., berch., kinderlos, swät Stelle. Würde eventl. mit kat. Ratsschreiber in ev. oder gem. Gemeinde tauschen. Zuschriften erbeten unter 2.602 an die Exped. d. Karlsruh. Sta.